

05.03.2025

## Kleine Anfrage 5222

der Abgeordneten Ina Blumenthal, Dr. Dennis Maelzer, Christian Obrok und Volkan Baran SPD

### **Müssen Journalistenorganisationen mit Repressionen rechnen, wenn sie die CDU kritisieren?**

Im zurückliegenden Bundestagswahlkampf haben Bürgerinnen und Bürger hunderttausendfach ihr Demonstrationsrecht wahrgenommen, um ein Zeichen gegen rechte politische Tendenzen zu setzen. Die Demonstrationen richteten sich dabei auch gegen das gemeinsame Abstimmungsverhalten von CDU/CSU und AfD im Bundestag. Nach Auffassung der CDU-/CSU-Bundestagsfraktion stellen Proteste gegen ihre Politik eine parteipolitische Einflussnahme dar. Darum stellt die Unions-Fraktion die Gemeinnützigkeit von beteiligten Organisationen in Frage und erklärt, staatlich finanzierte Organisationen müssten ihre politische Neutralität wahren. Auch auf journalistische Organisationen wie das Netzwerk Recherche, Correctiv oder das Netzwerk „Die Neuen deutschen Medienmacher\*innen“ zielt die Anfrage der CDU-Bundestagsfraktion.<sup>1</sup> Correctiv hat durch investigativen Journalismus ein Treffen von Rechtsextremisten aufgedeckt, an dem auch CDU-Politiker teilnahmen.<sup>2</sup> In der Anfrage werden auch einzelne Artikel<sup>3</sup>, welche rechte Tendenzen innerhalb der CDU thematisieren, zum Anlass genommen, die Gemeinnützigkeit in Frage zu stellen.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. In welcher Form schränkt das Land Nordrhein-Westfalen das Demonstrationsrecht von Journalistenorganisationen ein?
2. Sehen Fördervereinbarungen des Landes Mittelkürzungen oder Streichungen vor, wenn sich die geförderten Organisationen an Demonstrationen beteiligen oder dazu aufrufen?
3. Ist CDU-kritische Berichterstattung aus Sicht der Landesregierung ein hinreichender Grund, die Förderfähigkeit oder die Gemeinnützigkeit von gemeinwohlorientierten Medienhäusern in Frage zu stellen?
4. Wie wird die Landesregierung investigativen Journalismus vor politischen Angriffen schützen?

---

<sup>1</sup> Vgl. Bundestag. Drucksache 20/15035

<sup>2</sup> Vgl. <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/>

<sup>3</sup> <https://correctiv.org/aktuelles/parteien/2025/02/11/die-rechtstreiber-welche-hardliner-die-cdu-nach-rechts-ziehen/>

5. Haben sich Abgeordnete oder Gremien der CDU mit Anfragen zu den benannten Medienorganisationen an die Landesregierung gewandt?

Ina Blumenthal  
Dr. Dennis Maelzer  
Christian Obrok  
Volkan Baran